

Protokoll über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 10.11.2022
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:25 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzende

Beigeordnete Waltraud Friedemann

stellvertretender Vorsitzender

Ratsherr Lukas Lohmann

Mitglied

Ratsherr Paul Bieder

Ratsfrau Nadine Fischbock Zoom

Ratsherr Dr. Volker Grasemann

Ratsherr Jörg Schaper

Ratsherr Christian Voit

Ratsherr Dirk Dräger Zoom

Ratsherr Guido Franke

Bürgerdeputierte

Frau Anna Clausnitzer Zoom

Frau Jutta Eilert

Frau Nadine Meier

Bürgerdeputierter

Herr Kai Friedemann

stellvertretende Bürgerdeputierte

Frau Juliane Kirk-Siebke

Abwesend:

Bürgerdeputierter

Herr Dr. Volker Bullwinkel

Von der Verwaltung:

Herr Thorsten Laugwitz

Frau Dr. Sonja Granzow

Frau Jennifer Holzgreve

Frau Scarlett Springmann (Protokollführerin)

Presse:

Herr Röhrkasse (AZ)

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Jugend- und Sozialausschusses sowie der Tagesordnung**

Frau Friedemann eröffnet als Vorsitzende die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie den Vertreter der Alfelder Zeitung.

Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die Tagesordnung fest.

2. **Bericht über die aktuelle Corona- und Flüchtlingslage**

Herr Laugwitz erzählt, dass die Coronazahlen langsam wieder sinken, es jedoch einige Fälle in der Verwaltung und in den Kitas zurzeit gibt.

Frau Holzgreve berichtet, dass weiterhin zunehmend Flüchtlinge, nicht nur aus der Ukraine, in Alfeld ankommen. Die Nikulka-Halle ist voll belegt, mittlerweile auch mit vielen ukrainischen Männern. Der Wohnungsmarkt ist weiterhin knapp.

Frau Friedemann fragt nach, wie es mit Fördermitteln aussieht.

Frau Holzgreve antwortet, dass sie in engem Austausch mit dem Landkreis Hildesheim steht und alle möglichen Förderungen beantragt und in Anspruch genommen werden.

Herr Franke macht auf die personellen Probleme der Tafel aufmerksam und appelliert, dass ein paar Stunden Zeit ehrenamtlich aufgewendet werden. Bei Fragen steht er oder Familie Knust gerne zur Verfügung.

Auch Frau Friedemann geht darauf ein, dass der Tafel keine Sachspenden fehlen, sondern Kräfte. Neuaufnahmen erfolgen nur noch, wenn jemand anderes abspringt.

Herr Franke findet es wichtig, dass den Ukrainern mitgeteilt wird, dass sie ihre Bezugskarten abmelden, wenn sie wegziehen.

Frau Friedemann bedankt sich für die gute Dolmetschertätigkeit, die durch die Stadt vermittelt stattfand.

3. **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

4. **Haushaltsplanentwurf 2023; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2024 – 2026; Vorlage: 156/XIX**

Der Haushaltsplanentwurf wird von Frau Holzgreve vorgestellt.

Produkt 311.90 Verwaltung der Sozialhilfe (S. 113)

Aufwendungen entstehen wie die Jahre zuvor für die Wahrnehmung der Aufgabe nach dem Wohngeldgesetz durch den Landkreis Hildesheim i.H.v. 45.000 €.

Frau Friedemann fragt, ob die gesetzlichen Änderungen und höhere Fallzahlen berücksichtigt worden sind.

Frau Holzgreve erklärt, dass ein höherer Betrag bis jetzt nicht vom Landkreis gefordert worden ist und die letzten Jahre der Betrag auch immer ausreichte.

Herr Franke fragt nach der Berechnung, die jetzt hier im Protokoll ergänzt wird. Die Abrechnungen mit dem Landkreis Hildesheim erfolgen quartalsweise mit Abschlagszahlungen. Der Betrag setzt sich aus Personal- und Gemeinkosten sowie einer Sachkostenpauschale zusammen und richtet sich nach der Anzahl der Wohngeldanträge aus dem Vorjahr.

BUDGET 18 Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände

Produkt 351.70 Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände (S. 115)

Wie auch schon im Haushaltsplan 2022 ist der Ansatz auf 10.000 € gekürzt.

Herr Franke fragt, ob sich auch andere für einen Zuschuss bewerben können.

Frau Holzgreve erklärt, dass die Zuschüsse nur für die Wohlfahrtsverbände sind und es auch die Anonyme Spende gibt. Andere Vereine etc. können aber gerne ihre Anträge einreichen.

Das DRK ist auch Träger des Seniorenbüros, wie Frau Eilert erklärt.

Frau Friedemann fragt, ob der Kinderschutzbund einen Zuschuss bekommen könnte und ob man diesen nicht eventuell zur Jugendpflege zählen könnte.

Frau Holzgreve erwidert, dass sie im Gespräch mit Frau Leuci ist und sie auch darauf hingewiesen hat, dass sie einen Antrag auf finanzielle Unterstützung aufgrund des Umzuges stellen soll.

Laut Frau Kirk-Siebke gehört der Kinderschutzbund zum paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Stadtjugendring.

BUDGET 19 Kindertagesstätten und Familienhilfe

Produkt 361.01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/Tagespflege (S. 118)

Die Umstrukturierung des Haushaltsplanes kommt weiterhin noch zum Tragen, sodass Ansätze aus 2022 und 2023 durchaus auseinanderklaffen können.

Herr Franke fragt nach, warum unter der Position 01.02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen 70.000 € weniger als 2022 geplant sind.

Frau Holzgreve erklärt, dass die Ursache die Tagesmütter sind. Eine Tagesmutter ist beispielsweise in Babypause und eine andere nimmt weniger Kinder, weil sie bald in den Ruhestand geht.

Die Erhöhung der Transferaufwendungen im Gegensatz zum Ansatz 2022 erklärt Frau Holzgreve mit dem Verfeinerungsprozess des Haushaltes, den steigenden Kosten für Reinigung, Miete und Energie sowie auch dem Haushaltssicherungskonzept.

Herr Laugwitz ergänzt, dass die Großtagespflegestelle eigentlich geschlossen werden sollte, sie nun aber weiter durchgehend in Betrieb gewesen ist.

Herr Laugwitz weist daraufhin, dass der Haushaltsplanentwurf einen Monat eher kam, um nun im Jugend- und Sozialausschuss diskutieren und beschließen zu können. Ein so langes Verfahren wie 2021 soll es nicht mehr geben.

Nur Herr Franke ist der Meinung, dass das im Vorfeld nicht kommuniziert wurde.

Produkt 365.10 Kita Vormasch (S. 120)

Bei der Kita Vormasch bleiben die Gruppen unverändert und daher auch der gesamte Ansatz.

Herr Franke fragt nach der Betriebserlaubnis für die Kita Vormasch.

Frau Holzgreve erklärt, dass diese ordnungsgemäß besteht.

Frau Friedemann möchte wissen, ob diese zeitlich befristet ist.

Dies verneint Frau Dr. Granzow.

Herr Voit fragt, ob die steigenden Personalaufwendungen mit mehr Personal, einem besseren Betreuungsschlüssel oder auch mehr Geld für das Personal zu begründen sind und ob die Personalsituation nun entspannter ist.

Frau Holzgreve erklärt, dass alle Gründe relevant sind. Es gibt neue Tarife sowie Änderungen im Kita-Gesetz. Ab 2026/2027 soll es eine Drittkraft geben, Sozialassistenten sollen durch Erzieher ersetzt werden. Es soll jetzt schon reagiert und korrigiert werden, denn die Fachkräfte sind rar. Die Sozialassistenten werden aber nicht alle entlassen, da sie als Drittkraft eingesetzt werden können. Bestenfalls sollen die Erst- und Zweitkräfte Erzieher sein, weshalb im Haushalt nun schon höhere Personalkosten veranschlagt werden.

Frau Friedemann stellt nochmal die Relevanz der Sozialassistenten dar, die oft sehr viel Erfahrung haben und genauso wertgeschätzt werden sollen, sie nur eine andere Ausbildung haben.

Produkt 365.11 Kita Schlesische Straße (S. 122)

In der Kita Schlesischen Straße gibt es nur die Änderung, dass mehr aü-Plätze angeboten werden aufgrund des Bedarfes. Mit altersübergreifenden Gruppen kann besser auf die schwankenden Geburtenraten reagiert werden. Kinder von zwei bis drei Jahren werden dann in Kindergartengruppen (eigentlich ab drei Jahren) betreut. Ab einer Anzahl von vier Kindern unter drei Jahren verringert sich die Platzanzahl, da aü-Kinder dann doppelt gezählt werden in einer Kindergartengruppe.

Herr Dr. Grasemann fragt nach den steigenden Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Frau Holzgreve nennt die steigenden Energiekosten als Ursache, die auch bei den anderen Kitas anfallen.

Herr Dräger fragt nach der Betreuung für unter 2-Jährige und der gesetzlichen Verpflichtung.

Frau Holzgreve erklärt, dass es keine Änderungen gibt. Es wird mit den Zahlen jongliert, es werden Wartelisten geführt, gerade für Neuzuzüge.

Produkt 365.12 Kita Gabelsbergerstraße (S. 124)

Frau Fischbock fragt nach dem Verpflegungsentgelt, welches in manchen Kitas steigt und in anderen nicht. Frau Holzgreve erklärt, dass die Verpflegungsentgelte dem Anbieter angepasst werden. Die Preissteigerungen durch steigende Energiekosten etc. werden an die Eltern abgegeben. Eine Information wird es Ende des Jahres für die Eltern geben.

Herr Voit erkundigt sich nach den Differenzen der steigenden Personalaufwendungen in den Kitas, z.B. 77.000 € Vormasch, 100.000 € Schlesische Straße, 210.000 € Gabelsbergerstraße.

Frau Holzgreve berichtet, dass in den großen Einrichtungen, wie der Gabelsbergerstraße und Vormasch eine ständige Vertretung eingerechnet ist, die zusätzliche Leitungsstunden neben den Betreuungsstunden am Kind bekommt. Es soll nicht nur eine Abwesenheitsvertretung geben, sondern eine Kraft neben der Leitung, falls diese mal länger ausfällt. In den kleinen Kitas wird dies nach Bedarf nach und nach eingeführt.

Frau Dr. Granzow weist daraufhin, dass Personalaufwendungen im Finanzausschuss Thema sind.

Frau Holzgreve erklärt, dass die Investitionen für die Erneuerung des Holzschuppens und die Beschaffung des Materialcontainers wieder aufgenommen sind, da die Investitionen noch nicht umgesetzt worden sind.

Produkt 365.13 Kita Lütowstraße (S. 127)

Frau Friedemann weist darauf hin, dass die Produktbeschreibung geändert werden muss.

Ab Januar 2023 wird nur die Kindergartengruppe mit 25 Plätzen von 8 – 16 Uhr zur Verfügung gestellt. Die Kita Lütowstraße wird nicht geschlossen, aufgrund der Flüchtlingssituation und der geburtenstarken Jahrgänge, erklärt Frau Holzgreve. Die zweite Gruppe zieht nach Hörsum und es wird eine Betreuungszeit bis 15 Uhr angeboten. Nur in größeren Kitas soll es noch eine Vormittagsgruppe geben.

Veranschlagt sind als Investitionen die Planungskosten für den Abbruch und Neubau der Kita. Für 2023 gibt es keinen Ansatz, die Kita bleibt in Betrieb.

Herr Laugwitz ergänzt, dass die Planungskosten fortgeschrieben werden.

Produkt 365.14 Kita Nordstraße (S. 130)

Die Kita Nordstraße ist die am schnellsten wachsende Kita. 2019 ist mit einer vorübergehenden Krippengruppe gestartet worden, 2020 ist sie dauerhaft geworden und es ist eine zweite

Krippengruppe dazu gekommen, 2021 noch eine Kitagruppe und nun auch eine zweite. Der Bedarf ist also steigend. Nun werden sich die Ansätze aber für 2023/2024 einpendeln.

Frau Fischbock fragt, ob die LED-Beleuchtungsumstellung erfolgt ist.

Dies wird von Frau Holzgreve bejaht.

Für die Fenster etc. ist ein neuer Antrag beim Landkreis durch den Kitavertrag 2023/2024 zu stellen. Die Maßnahme ist geschoben worden, sie kann auch nur in den Schließzeiten erfolgen.

Frau Friedemann fragt nach Fördermitteln.

Frau Holzgreve erklärt, dass sie alle Fördermittel aus dem Kitavertrag mitnimmt und das Bauamt auch die Förderfähigkeit prüft.

Produkt 365.15 Kita Hörsum (S. 133)

In der Produktbeschreibung muss das Fertigstellungsdatum der Kita Hörsum auf Ende 2022, nicht 2023, gesetzt werden. Ab Januar 2023 sollen drei Gruppen, also 65 Kinder, betreut werden.

Herr Franke fragt, ob das Personal sichergestellt ist für Januar.

Frau Holzgreve bejaht dies, sie hat vorgesorgt und ein Großteil wird aus der Lützowstraße kommen.

Herr Dräger fragt nach den Transportkosten für die Kinder, die nun nicht mehr in der Lützowstraße, sondern in Hörsum betreut werden.

Frau Holzgreve berichtet, dass diese Kinder nicht vergessen worden sind. Es wird ein Busshuttle organisiert bis zu den Sommerferien, mit den Eltern ist gesprochen und der Bedarf abgefragt worden. Schulkinder sollten bei ihrer bekannten Bezugsperson bleiben. Die Beförderungskosten sind im Ergebnishaushalt bedacht.

Frau Meier fragt nach, ob die Gruppen in der Sonderöffnungszeit zusammengelegt werden.

Frau Holzgreve erklärt, dass gruppenübergreifend betreut werden darf nach dem Kitagesetz. Es müssen allerdings zwei Erzieher da sein, was auch mehr Kosten verursacht.

Produkt 365.20 Tageseinrichtungen freier Träger (S. 136)

Bei diesem Produkt handelt es sich um die Kitas in kirchlicher und freier Trägerschaft, also auch den Elterninitiativen. Die Krippe der Lebenshilfe bietet nur 15 Plätze, weil drei davon integrativ sind. Die Zuweisungen des Landkreises und die Betriebskostenzuschüsse sind getrennt vermerkt, jedoch nicht so detailliert, weil es keine städtischen Kitas sind.

Frau Fischbock fragt nach dem Grund für die Betriebskostensteigerung.

Frau Holzgreve nennt die steigenden Energiekosten und die höheren Personalaufwendungen durch die Tarifanpassungen als Gründe.

Frau Friedemann geht darauf ein, dass auch die freien Träger ihr Personal nach dem Kitagesetz umstellen und es für die Stadt gut ist, dass sie den Betreuungsbedarf der Kinder abdecken.

Produkt 367.50 Familien- und Kinderservicebüro (S. 146)

Die steigenden Personalkosten sind mit der Stelle von Frau Springmann zu begründen.

Frau Fischbock fragt, was unter die Aufwendungen an Personaldienstleister fällt.

Frau Holzgreve erklärt, dass den Kitas immer wieder dringend und kurzfristig Personal fehlt, welches nur durch Zeitarbeitsfirmen teilweise gestellt werden kann. Corona spielt eine Rolle, aber auch Schwangerschaften, weil Schwangere ein Beschäftigungsverbot haben.

**BUDGET 20 Stadtjugendpflege
Produkt 366.02 Stadtjugendpflege (S. 142)**

Es sollen 20.000 € zusätzlich als Ansatz aufgenommen werden für die Ausstattung des Neubaus Treff. Beim Entwurf des Haushaltes ist der Sperrvermerk noch nicht aufgehoben gewesen. Der Beschluss, die 20.000 € zusätzlich aufzunehmen, ist einstimmig genehmigt.

Frau Fischbock fragt nach den gestiegenen Zuschüssen an Jugendvereine und -verbände.

Frau Holzgreve erklärt, dass das Café Kinderwagen dazu gekommen ist, welches in der letzten Sitzung auch vorgestellt worden ist. Wenn der Ansatz so beschlossen wird, kann das Projekt bezuschusst werden sowie auch die AWO und die Tafel.

Frau Friedemann bittet erneut darum, eine Unterstützung des Kinderschutzbundes zu prüfen.

Frau Fischbock fragt nochmal nach den Zuschussempfängern.

Frau Friedemann wirft ein, dass unter AWO die Stadtpiloten gemeint sind, nicht der Ortsverband.

Frau Holzgreve ergänzt, dass die Tafel bisher nicht aufgeführt war. Der Zuschuss ist aufgrund der Flüchtlingslage erhöht worden und beim nächsten Mal kann beschlossen werden, welche Vereine und Verbände bezuschusst werden sollen. Auch kann eine Verschiebung zum Produkt „Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände“ möglich sein.

Produkt 367.10 Jugendsozialarbeit (S. 144)

Die Labora GmbH soll einen Zuschuss von 7.000 € erhalten.

Herr Laugwitz berichtet, dass die Labora GmbH die Stadt unterstützt. Es sollen weiterhin 1.000 Arbeitsstunden * 15 €/Arbeitsstunde = 15.000 € geleistet werden. Dies wird im Bauhofbudget vermerkt.

Frau Friedemann ergänzt, dass die Labora GmbH auch weiterhin vom Landkreis Hildesheim getragen wird mit ca. 18.000 €.

Herr Dr. Grasemann ist dafür, die Kosten für Jugendarbeit und Flüchtlingsbetreuung zu trennen. Bei möglichen Fördermitteln vom Land können die Ausgaben besser beziffert werden. Dieser Hinweis wird aufgenommen.

Es erfolgt die Abstimmung über den Haushaltsplanentwurf 2023.

8 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

Keine Enthaltung

5. Mitteilungen der Verwaltung

Keine

6. Anfragen

Keine

Frau Friedemann schließt die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses um 18:25 Uhr.

Die Vorsitzende

Bürgermeister

Protokollführerin

(Friedemann)

(Beushausen)

(Springmann)